

Emig. DS. 03.2020

Ratsfraktion Die Linke / Löhne
c/o Ulrich Adler
Matthias-Claudius- Str. 15
32584 Löhne

Löhne, 6. März 2020

An den
Bürgermeister der Stadt Löhne
Herrn Bernd Poggemöller

Antrag an den Rat der Stadt Löhne:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Poggemöller,

Die Linke bringt folgenden Antrag zur Abstimmung im Rat ein:

„Die Stadt Löhne fordert von der Bundesregierung mehr Menschlichkeit in der Flüchtlingspolitik:

- 1.) Die Stadt Löhne erklärt sich bereit, mehr Flüchtlingskinder und ihre Familien zusätzlich aufzunehmen, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden zu helfen und fordert von der Bundesregierung, dies zu ermöglichen. Die Stadt Löhne setzt damit ein Zeichen für Solidarität und Mitmenschlichkeit!
- 2.) Die Stadt Löhne unterstützt die Potsdamer Erklärung „Städte sicherer Häfen“ und tritt diesem Städtebündnis bei.
- 3.) Die Stadt Löhne tritt dafür ein, dass mehr humanitäre Hilfe in Nordostsyrien ankommt. Die Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien erklärte sich bereit, das Leid der Zivilisten zu lindern. Deshalb fordert der Rat der Stadt Löhne dazu auf, dass die Hilfeleistungen vor Ort der Selbstverwaltung in Nordostsyrien, von der Bundesregierung unterstützt wird.“

Ulrich Adler

Begründung:

zu 1) Die Situation auf den griechischen Inseln hat sich in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. Insbesondere Kinder aus griechischen Flüchtlingslagern müssen aufgenommen werden. Durch die Entscheidung der türkischen Regierung, Geflüchtete nicht mehr im Land zu halten, hat sich die Lage der Flüchtlinge in Griechenland rapide verschlechtert. Insbesondere für Kinder und Frauen sind die völlig überfüllten Lager in denen es an der nötigsten Infrastruktur, medizinischer Versorgung und Schutzräumen fehlt, unhaltbar. Auch die Stadt Löhne kann mit dazu beitragen, die Situation in der griechischen Grenzregion zur Türkei zu entschärfen. Da es für die Kinder unzumutbar ist, sie von ihren Eltern zu trennen, müssen sie mit ihrer Familie aus Griechenland herausgeholt werden. Das muss von der Bundesregierung möglich gemacht werden!

zu 2) Der Bundestag hat bisher Anträge von Städten, mehr Flüchtlinge aufzunehmen abgelehnt. Es ist es deshalb angebracht, dass sich viele Städte zusammenschließen und die Bundesregierung geschlossen zu einer menschlicheren Flüchtlingspolitik zu bewegen. Der Beitritt der Stadt Löhne zu der Potsdamer Erklärung „Städte sicherer Häfen“ soll in der Flüchtlingspolitik mehr Humanität und Solidarität auf den Weg bringen.

Zu 3) Viel Leid wurde durch den Krieg in Idlib verursacht. Er führte dort zu einer beispiellosen humanitären Krise. Die Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien erklärte sich bereit die Vertriebenen aus Idlib zu versorgen. Angesichts der Fluchtbewegung aus Idlib rief die nordsyrische Autonomieverwaltung zu internationaler Zusammenarbeit mit ihr auf, damit die dort aktuell schwierige Situation bewältigt werden kann.“

Angefügt:

Potsdamer Erklärung der „Städte sicherer Häfen“ (Potsdam, den 03.06. 2019):

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff Lifeline eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem Königsteiner Schlüssel durch einen zu vereinbarenden zusätzlichen Schlüssel geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.